

Freitag, 31. Jänner 1975

Blatt 223

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

Wiener Landtag
Wiener Gemeinderat
Ab 10. Februar: Die zweite Polio-
Impfwelle beginnt
Karl Seitz zum Gedenken
Starke Nachfrage nach Wohnungsverbesserungs-
Broschüre

Lokal:
(orange)

Fußgängertunnel fertiggestellt

Kultur:
(gelb)

Fritz Kreisler zum Gedenken
Alois Kieslinger - 75. Geburtstag

Kommunal
international:
(rosa)

Iran bestellte vier Atomkraftwerke

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

ab 10. februar:

die zweite polio-impfwelle beginnt

1 wien, 31.1. (rk) montag, den 10. februar, wird die kinderlaehmungs-impfaktion 1974 mit dem zweiten impfgang fortgesetzt. geimpft wird in allen bezirksgesundheitsaemtern montag, dienstag und freitag von 8.30 bis 11.30 uhr und mittwoch von 13 bis 15 uhr, ferner in den staedtischen mütterberatungsstellen und kinderambulatorien der wiener gebietskrankenkasse sowie in den ersten volksschulklassen. am samstag (15. und 22. februar) stehen in der zeit von 9 bis 11 uhr folgende bezirksgesundheitsaemter fuer schluckimpfungen zur verfuegung:

- 2, karmelitergasse 9,
- 10, laxenburger strasse 43 - 45,
- 13, hietzinger kai 1 und
- 18, waehringer strasse 124.

das gesundheitsamt weist in diesem zusammenhang nochmals darauf hin, dass nur dann ein sicherer schutz gegen kinderlaehmung erreicht wird, wenn man sich drei teilimpfungen unterzieht. es ist daher notwendig, dass vor allem jene an der zweiten teilimpfung sich beteiligen, die im vergangenen november zum ersten mal die impffluessigkeit auf einem stueck zucker geschluckt haben. aber auch all jene, die an einer impfaktion im vorjahr oder an einem der vorangegangenen jahre teilgenommen, aber nur zweimal geschluckt haben, sollten sich nunmehr der dritten teilimpfung unterziehen.

das gesundheitsamt appelliert besonders an die eltern, ihre noch nie oral geimpft kinder, insbesondere saeuglinge ab dem vollendeten dritten lebensmonat und kleinkinder, an der schluckimpfung teilnehmen zu lassen. diese erhalten ihre zweite teilimpfung dann entweder im rahmen eines "nachzueglertermines" am 8. beziehungsweise 11. april oder im kommenden november im rahmen der naechsten impfaktion. (zi)

0918

k o m m u n a l :

=====

karl seitz - zum gedenken

2 wien, 31.1. (rk) auf den 3. februar faellt der 25. todestag des ehemaligen buergermeisters von wien, karl s e i t z .

seitz wurde am 4. dezember 1869 als spross einer waehringer weinhauerfamilie in der damaligen vorstadt rossau geboren und wuchs als waisenkind auf. nach abschluss der pflichtschule erhielt er infolge seiner begabung einen freiplatz am lehrerseminar in st. poelten. nach beendigung des studiums war seitz von 1888 bis 1896 an verschiedenen wiener vorstadtschulen taetig. aus empoeung ueber die ungerechtigkeit der damals herrschenden sozialen verhaelt-nisse schloss er sich der sozialdemokratischen partei vektor adlers an und sammelte mit anderen kollegen die freiheitlich gesinnte lehrerschaft in dem verein "die jungen", aus dem 1896 der "zentralverein der lehrer wiens" hervorging, als dessen obmann er fungierte. wiederholte massregelungen trafen ihn, doch konnten die gegner seine entlassung nicht durchsetzen. 1901 wurde karl seitz von viktor adler bewogen, sich um das reichsratmandat im bezirk floridsdorf - korneuburg zu bewerben. er gewann den wahl-kampf und begann damit die zweite periode seines lebens. 1902 wurde er auch als einziger sozialdemokrat in den niederoesterreichischen landtag gewaehlt.

in der folge wurde er in der sozialdemokratischen reichsrats-fraktion die rechte hand viktor adlers. seitz erwarb sich eine genaue kenntnis der parlamentarischen verhaeltnisse und der geschaefts-ordnung, so dass er sich bald als eine fuehrende persoenlichkeit des abgeordnetenhauses erwies. waehrend des ersten weltkriegs konnte er als kluger praktiker die interessen der partei und der arbeiterschaft gegenueber dem militaerischen machtapparat erfolgreich vertreten. gegen kriegsende war er vizepraesident des abgeordneten-hauses. zur zeit des zusammenbruches im spaetherbst 1918 war karl seitz einer der drei praesidenten der provisorischen nationalver-sammlung und ein prominenter mann des staatsrates, in dem sich nach

./.

dem sturz der monarchie die republikanische gewalt konzentrierte. nach der wahl der konstituierenden nationalversammlung im februar 1919 wurde karl seitz am 4. maerz zu deren praesideten und damit zum ersten staatsoberhaupt der republik gewaehlt. 1923 wurde karl seitz buergermeister von wien und in diesem wirkungskreis das haupt eines teams ausgezeichneter kommunalpolitiker, die die oesterreichische bundeshauptstadt im verlauf eines jahrzehntes zu einem modell moderner gemeindeverwaltung machte. in diesem amt erwarb er sich groesste popularitaet. zugleich blieb er ein hauptrepraesentant der sozialdemokratischen partei im nationalrat und vorsitzender des parteivorstandes. 1929 wurde ihm das ehrenbuergerrecht der stadt wien verliehen.

am 12. februar 1934 wurde seitz als freigewaehlter buergermeister und landeshauptmann von seinem posten entfernt und in haft genommen, jedoch ohne anklageerhebung freigelassen. nach dem 20. juli 1944 verfuegte das nationalsozialistische regime seine verhaftung und seine einlieferung in das konzentrationslager ravensbrueck, aus dem er im april 1945 befreit wurde. am 23. juni 1945 kehrte karl seitz schwerkrank in seine vaterstadt zurueck und uebernahm im dezember desselben jahres den vorsitz der neu entstandenen sozialistischen partei. einen monat vorher war seine wahl in den nationalrat erfolgt. am 21. maerz appellierte er in einer aufsehen erregenden parlamentsrede an die besatzungsmaechte, die demokratie auf dem boden oesterreichs zu sichern. karl seitz starb am 3. februar 1950 in wien, nachdem er bis zuletzt an den parlamentarischen arbeiten teilgenommen hatte. er wurde auf dem wiener zentralfriedhof in einem ehrenggrab bestattet. sein name ist fuer immer in die geschichte der oesterreichischen arbeiterbewegung, der wiener kommunalverwaltung und der oesterreichischen republik eingegangen. (sti)

0935

k o m m u n a l i n t e r n a t i o n a l :

=====

iran bestellte 4 atomkraftwerke

3 wien, 31.1. (rk) der iran hat in der bundesrepublik deutschland und in frankreich je zwei 1200 mw-druckwasserreaktor-anlagen bestellt. die kernkraftwerke werden schluesselfertig von den herstellerfirmen uebergeben werden. die deutsche kraftwerksunion hat noch keine genauen liefertermine vereinbart, die franzoesische framatom soll ihre werke 1982 und 1983 fertigstellen. ein langfristiger regierungsvertrag sieht den bau von fuenf atomkraftwerken durch frankreich vor.

iran moechte aber 1993 etwa 15 prozent seines energiebedarfs durch kernenergie decken, damit die reserven an mineraloel und erdgas laenger reichen. der iran will sich ausserdem mit 10 prozent an der eurodif beteiligen, die bei tricastin in mittelfrankreich eine urananreicherungsanlage baut.

auch kuwait will atomstrom. 1985 soll das erste kernkraftwerk des landes in betrieb gehen. (quelle: "zeitung fuer kommunale wirtschaft", muenchen, 1/75). (sti).

0937

k o m m u n a l :

=====

starke nachfrage nach wohnungsverbesserungs-broschuere

wien, 31.1. (rk) dienstag mittag wurden die ersten tausend exemplare der neuen informationsbroschuere ueber die moeglichkeiten der wohnungsverbesserung an die ''rathaus-information'' geliefert. bis donnerstag mittag haben sich bereits mehr als 900 inter-essenten eine solche broschuere abgeholt. momentan ist also die broschuere vergriffen, ab montag ist sie wieder in der ''rat-haus-information'' erhaeltlich. (sti)

+++

L o k a l :

=====

fussgaengertunnel fertiggestellt

4 wien, 31.1. (rk) stadtrat ing. fritz h o f m a n n hat freitag mittag den fussgaengertunnel unter der adalbert stifterstrasse im bereich der dietmayrgasse seiner bestimmung uebergeben. der fussgaengertunnel ist gebaut worden, weil es trotz eines ampelgeregelten fussgaengerueberganges in diesem bereich der adalbert stifterstrasse zu mehreren unfaellen gekommen war. mit dem bau des tunnels war mitte september begonnen worden, seine kosten machen rund 2,5 millionen schilling aus.

der fussgaengertunnel ist insgesamt 24 meter lang und fast drei meter breit. seine mittlere hoehe betraegt 2,6 meter. ausserdem gehoeren dazu an jedem ende gedeckte stiegenabgaenge. der tunnel wurde aus stahlwellblech-fertigteilen hergestellt. diese fertigteile wurden in offener bauweise eingebracht und zusammengeschweisst. (gt)

0937

k u l t u r :

=====

fritz kreisler - zum gedenken

5 wien, 31.1. (rk) auf den 2. februar faellt der 100. geburts-
tag des violinvirtuosen prof. fritz kreisler.

kreisler wurde 1875 in wien geboren. er pflegte das violin-
spiel von fruehster kindheit an. zunaechst unterrichtete ihn
joseph hellmesberger in wien, sodann lambert massart und leo
delibes in paris, wo der zwoelfjaehrige mit dem premier grand prix
ausgezeichnet wurde. zwei jahre spaeter machte ihn eine gemeinsam
mit moriz rosenthal durchgefuehrte amerikatournee auch jenseits
des atlantiks bekannt. zwischen der in wien abgelegten mittel-
schulmatura und dem militaerdienst des einjaehrig-freiwilligen lie-
gen weitere kunstreisen. der beginn des ersten weltkrieges fand
kreisler in den schuetzengraeben der galizienfront. ein jahr spaeter
als invalide entlassen, wandte er sich nach amerika, wo er zu-
naechst bis 1925 ansaessig blieb und wohin er nach 14 in europa
verbrachten jahren - 1929 bis 1932 war berlin, anschliessend
paris sein hauptaufenthaltsort - 1939 endgueltig zurueckkehrte.
kreisler zaehlt zu den groessten violinvirtuosen seiner zeit. es
muss ihm, der 1921 mit dem oesterreichischen professortitel aus-
gezeichnet wurde, hoch angerechnet werden, dass er, obwohl von
aller welt bejubelt und verehrt, seine heimat stets hoch in ehren
hielt. zugunsten ihrer notleidenden kuenstler kinder und kranken
entfaltete er mit tatkraeftiger unterstuetzung seiner gattin
harriet, einer gebuertigen amerikanerin, ein intensives karitatives
wirken. spitaeler, jugendheime und musikvereinigungen wiens verdan-
ken ihm insbesondere in den schweren nachkriegs- und inflations-
jahren staendige hilfe durch grosszuegige geldspenden und natural-
sendungen. hier muss auch des kreisler-preises in der hoehe von
25.000 s gedacht werden, der, von ihm zum andenken an seinen bruder
hugo errichtet, seit 1930 an musikstudenten des hauptfaches
violoncello verliehen wurde. auch als schoepferischer musiker
pflegte fritz kreisler die gleiche sangliche, beseelte wienerische

./.

pflegte fritz kreisler die gleiche sangliche, beseelte wienerische note, die sein geigenspiel auszeichnete. zu den von ihm komponierten operetten ''sissy'' und ''apfelblueten'' gesellen sich zahlreiche kleinere violinstuecke wie die weltbekannten ''caprice viennois'', ''liebesleid'', ''liebesfreud'', ''schoen rosmarin'', ''tambourin chinois'', in deren interpretation es ihm keiner gleichzutun vermochte. eine glueckliche hand bewies kreisler auch in der bearbeitung von alt-wiener tanzweisen und von stuecken alter meister, deren vornehme, aller nur virtuosen aeusserlichkeiten bare art auch ihm als ausuebendem musiker besonders gemaess war. prof. fritz kreisler verstarb am 29. jaenner 1962. (sti)

0946

k u l t u r :

=====

alois kieslinger - 75. geburtstag

6 wien, 31.1. (rk) am 1. februar vollendet der geologe und emer. hochschulprofessor dr. alois kieslinger das 75. lebensjahr.

alois kieslinger wurde 1900 in wien geboren. er besuchte die mittelschule und studierte an der wiener universitaet geologie und palaeontologie. 1923 wurde er assistent an der wiener universitaet, 1930 dozent an der technischen hochschule und 1937 a.o. professor fuer geologie an der technik. waehrend der jahre 1938-1945 war er in einer privaten stellung als geologe taetig. im jahre 1949 wurde kieslinger o.professor fuer geologie an der technischen hochschule in wien. bereits in seiner ersten grossen arbeit "zerstoerungen an steinbauten" (1932) hat kieslinger den umfang seines speziellen arbeitsgebietes umrissen. die genaue systematik, die sich kieslinger auf diesem gebiet erarbeitet hat, hat es ihm auch ermoe-glicht, in seiner zweiten arbeit "die steine von st.stephan" (1949) die fruechte seiner forschung zu ernten. kieslinger gibt in diesem buch eine genaue geschichte der verwendeten materialien fuer die grossartigste kirche oesterreichs und kann so zur geschichte dieses baues viel beitragen. die bedeutung dieser forschungsarbeit geht aber ueber die direkte baugeschichte von st.stephan hinaus, da an hand dieser methode neue aspekte fuer die kunstgeschichte ueber-haupt gewonnen werden koennen. in seinen weiteren beiden arbeiten "gesteinskunde fuer hochbau und plastik" (1951) und "nutzbare gesteine von kaernten" (1956) hat kieslinger seine methode fort-gefuehrt. in diesen beiden buechern zeigt er die positive seite seiner arbeitsmethode und kann sowohl in allgemeiner art, wie auch fuer die speziell in oesterreich vorkommenden baumaterialien kuenst-lerisch und volkswirtschaftlich bedeutende hinweise geben. das gleiche gilt fuer sein paralleles buch "die nutzbaren gesteine salzburgs" (1963). die zahl seiner publizistischen arbeiten be-traeagt ueber 200 aufsaetze in verschiedenen zeitschriften und jahr-buechern, darunter in der zeitschrift fuer denkmalpflege, dem jahr-buch des vereines fuer geschichte der stadt wien, den jahrbuechern

und verhandlungen der geologischen bundesanstalt in wien und schliesslich in den almanachen der oesterreichischen akademie der wissenschaften. prof. dr. alois kieslinger erhielt im jahre 1961 den preis der stadt wien fuer naturwissenschaften. er ist mitglied der deutschen akademie fuer bauforschung und vorsitzender des normen-ausschusses fuer natursteine des oesterreichischen normen-ausschusses und korrespondierendes mitglied der oesterreichischen akademie der wissenschaften. ferner war er praesident der geologischen gesellschaft in wien. anlaesslich seines 70. geburtstages wurde ihm die ehrenmedaille der bundeshauptstadt wien in gold verliehen. (sti)

0952

L o k a l :

=====

die verkehrsmassnahmen in der kommenden woche:
behinderungen am handelskai

8 wien, 31.1. (rk) am montag kommender woche beginnen die oebb mit der auswechslung der gleise der eisenbahnkreuzung im bereich des handelskai vor der ostbahnbruecke. die folge: die halbe seite der fahrbahn ist blockiert, der verkehr daher etwas behindert. die arbeiten werden voraussichtlich etwa zwei wochen zeit in anspruch nehmen.

ebenfalls am montag kommender woche beginnen die wasserwerke mit der neuverlegung von leitungen im bereich der kreuzung hietzinger hauptstrasse - lainzer strasse im zuge der general-sanierung und des umbaes dieser kreuzung. die arbeiten werden etwa sechs wochen dauern und geringfuegige verkehrsbehinderungen zur folge haben. (gt)

1142

einstuendige stoerung bei einigen strassenbahnlinien

7 wien, 31.1. (rk) durch den riss eines leitungsdrahtes am suedtiroler platz ist es freitag um 7.08 uhr zu einer empfindlichen stoerung des strassenbahnverkehrs bei den linien 66, 167 und 0 gekommen. die zuege mussten eine stunde lang auf anderen routen umgeleitet werden. um 8,15 uhr konnte schliesslich die stoerung behoben werden. (gt)

0954

Kommunal:

Sitzung des Wiener Landtages

=====

Wien, 31.1. (RK) Der Wiener Landtag behandelte Freitag vormittag unter dem Vorsitz seiner Ersten Präsidentin Maria Hlawka die zweite Novellierung des Wiener Behindertengesetzes.

Stadtrat Dr. Alois Stacher (SPÖ) führte als Berichterstatter aus, daß durch diese Novelle einige wesentliche Verbesserungen bewirkt würden: der Personenkreis, der in die Rehabilitationsbestrebungen nun einbezogen werden könne, werde vergrößert, weil nunmehr auch schon Personen mit einem geringeren Behinderungsgrad als früher ebenso in den Genuß dieses Gesetzes kämen wie solche, die einen kürzeren Aufenthalt als zwei Jahre in Wien aufzuweisen hätten. Zufolge völkerrechtlicher Abmachungen würden nun auch deutsche Staatsbürger zu den anspruchsberechtigten Personen zählen. Schließlich würden die Bestimmungen des Gesetzes auch auf jene Behinderten ausgedehnt, die altersbedingte Leiden aufzuweisen hätten.

Von besonderer Wichtigkeit nannte Stacher jene Änderung, die dazu führen werde, daß Eltern künftig nur noch für minderjährige behinderte Kinder aufzukommen hätten. Für die Wiener Behinderten solle überdies ein eigener Transportdienst eingerichtet werden und die Möglichkeit, auf geschützten Arbeitsplätzen, respektive in geschützten Werkstätten die Rehabilitation zu gewährleisten, solle verbessert werden. Statt bisher 70 müßten künftig die Behinderten nur mehr 50 Prozent einer normalen Arbeitsleistung erbringen und zudem werde ein Landeszuschuß für geschützte Werkstätten vorgesehen. Als weitere wichtige Punkte der Novelle nannte Stacher die Schaffung von Heimen zur Unterbringung vor allem geistig Behinderter und die Herabsetzung des Pflegegeldanspruches von 19 auf 15 Jahre. Einem Wunsch der Behindertenorganisation entsprechend, würden künftig auch eigene Ausweise ausgestellt. Das gesamte Mehrerfordernis bei der Verwirklichung dieser Novelle bezifferte der Stadtrat für das heurige Jahr mit 18,8 Millionen Schilling.

Abg. Krenn (FPÖ) erklärte als erster Debattenredner, derzeit gäbe es im Land Wien lediglich 215 Pflegegeldbezieher. Andere Bundesländer hätten schon früher bessere Regelungen getroffen. Da seine Fraktion alle Härten gemieden sehen möchte, bringe er eine Reihe von Abänderungsanträgen ein, erklärte Krenn, die sich auf gewisse Details bezögen. Die zentrale Beratungsstelle für die Behinderten nannte der Debattenredner eine gute Einrichtung.

Nach dem Debattenbeitrag Krenns wurden dessen Anträge durch die Stimmen der ÖVP und FPÖ genügend unterstützt, sodaß sie in Behandlung gezogen werden konnten.

Abg. Dr. Maria Flemming (ÖVP) erklärte, derzeit schätzten Experten, daß es in Österreich rund 400.000 Berufsinvalide, 78.000 Zivilversehrte, 45.000 Hirngeschädigte, 42.000 Epileptiker, 12.000 Gehirn- und Kopfverletzte sowie 2.600 Menschen gäbe, die an Berufskrankheiten litten. Es sei daher kein kleiner Kreis, für den das Behindertengesetz gelten werde. Die Rednerin bedauerte es, daß die Voraussetzungen für die Rehabilitation in Österreich länderspezifisch unterschiedlich geregelt seien und auch verschiedene Organisationen tätig seien. Schon bei der Verabschiedung des Gesetzes im Jahr 1966 habe ihre Fraktion auf Mängel des Gesetzes hingewiesen und sie wundere sich, erklärte Frau Fleming, daß die bisher vorliegenden Ergebnisse eines eigenen Arbeitskreises, dem der sozialistische Abgeordnete Gawlik vorstehe, nicht bei der Novelle berücksichtigt worden sei, respektive man nicht auf das Endergebnis gewartet habe.

Die Debattenrednerin der ÖVP brachte schließlich im Landtag jene 13 Abänderungsanträge ein, die Stadtrat Lehner bereits in der Landesregierung eingebracht hatte und die dort mehrheitlich zurückgewiesen worden waren. Die sozialistische Mehrheit sei jedenfalls 1966 großzügiger gewesen als heute: Damals habe man bei der Erlassung des Gesetzes ursprünglich mit rund 5.000 Pflegegeldbeziehern gerechnet, jetzt, nach der Novellierung, erwarte man etwa 600 bis 700 Behinderte, für die Pflegegeld bezahlt werden würde. Wien gebe von allen Bundesländern am wenigsten für seine Behinderten aus, erklärte die Abgeordnete, die schließlich noch beantragte, Stadtrat Stacher möge das Sozialhilfegesetz, das Blindengesetz und das Behindertengesetz in ein einziges und einheitliches Gesetz umformen und dem Landtag vorlegen. (gt)

Als nächster Debattenredner erklärte Abg. Gawlik (SPÖ), daß durch die Übernahme der Fahr- und Transportkosten durch das Land nicht nur den Eltern eine finanzielle Belastung erspart bleibe, sondern daß Behinderten dadurch auch der Besuch von weiter entfernten Arbeits- oder Rehabilitationsstätten möglich werde. Der Redner wies weiter darauf hin, daß die Herabsetzung der Arbeitsleistung für Behinderte von 70 auf 50 Prozent der Normalarbeitsleistung und die Schaffung eines Landeszuschusses für geschützte Werkstätten den Behinderten das Erleben des psychologisch so wichtigen Erfolgsgefühles möglich mache. Abgeordneter Gawlik wies weiters auf die Notwendigkeit von geschützten Wohnplätzen für Behinderte hin. Bei allen Bestrebungen zur Integration in die Gesellschaft müsse man doch auch zur Kenntnis nehmen, daß es Fälle von Behinderten gibt, die ohne eine lockere Betreuung und Lenkung nur allzu leicht von eben dieser Gesellschaft ausgenützt würden. Abschließend regte der Redner an, für alle Behinderten einen einheitlichen Behindertenausweis zu schaffen und betonte, daß für die wünschenswerte Mitbestimmung der Behinderten bei allen sie betreffenden Problemen die Schaffung eines gesamtösterreichischen Dachverbandes aller Behindertenorganisationen eine notwendige Voraussetzung sei.

Als weiterer Redner wies Abg. Windhab (SPÖ) darauf hin, daß die in Wien dem Land aus Rehabilitationsinstitutionen erwachsenden Kosten immer geringer sein müßten, als solche Kosten im Ausland, weil in Österreich nicht nur der Bund und die Länder, sondern auch andere Träger, wie etwa die Sozialversicherungen, Rehabilitationseinrichtungen führen. Auch der Vergleich mit den Ausgaben anderer österreichischer Bundesländer für Pflegegelder müsse hinken. Das Pflegegeld habe ja subsidiären Charakter, das heißt, es könne erst gewährt werden, wenn kein Anspruch nach anderen gesetzlichen Bestimmungen bestehe. Nun haben aber 25 Prozent der Wiener Bevölkerung einen Anspruch auf eine Pension und damit auch auf einen Hilfenzuschuß aus der Sozialversicherung, während in den zum Vergleich herangezogenen Bundesländern, wie Niederösterreich, nur ein Sechstel der Bevölkerung einen solchen Anspruch habe. Der Redner betonte die große Bedeutung der Tatsache, daß die Bestimmung, die bisher altersbedingte Leiden von einem Anspruch nach dem Behindertengesetz ausgenommen habe, mit dieser Novelle zu existieren aufhöre.

Wenn man bedenke, daß 70 Prozent der Bezieher von Hilflosenzuschüssen aus der Sozialversicherung älter als 70 Jahre und 90 Prozent älter als 60 Jahre seien, bekomme man die richtige Vorstellung von der Bedeutung dieser Änderung.

Abschließend betonte der Redner, daß Wien stolz darauf sein könne, bei einem dreifach so hohen Gesamtbudget wie das seiner Bevölkerungszahl nach am besten vergleichbare Bundesland Niederösterreich ein viereinhalb mal so hohes Budget für die Bereiche Soziales und Gesundheit zu haben.

In seinem Schlußwort führte Berichterstatter Stadtrat Dr. Alois Stacher (SPÖ) aus, daß die von ÖVP und FPÖ eingebrachten Abänderungs- und Zusatzanträge abzulehnen seien, weil die in ihnen gestellten Forderungen teilweise ohnehin bereits im Gesetz vorhanden seien und teilweise sogar eine Verschlechterung gegenüber den bisherigen Bestimmungen bedeuten würden.

Abstimmung: Die zweite Novelle zum Wiener Behindertengesetz wurde vom Wiener Landtag einstimmig angenommen, die Abänderungs- und Zusatzanträge der ÖVP und FPÖ mehrheitlich abgelehnt. (may)

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Kommunal:

Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 31.1. (RK) Anschließend an den Landtag trat der Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Leopold Gratz zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen 90 Geschäftsstücke. Von der FPÖ und von der ÖVP lagen je drei Anfragen vor. Ein Antrag der FPÖ und fünf Anträge der ÖVP wurden den jeweils zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen.

Schaffung einer Krankenhaus- und einer Pflegeheimkommission

Im ersten Punkt der Tagesordnung wurden sodann die Mitglieder einer neuzuschaffenden Krankenhaus- und einer Pflegeheimkommission gewählt. Aufgabe der beiden neuen Kommissionen - die jeweils aus 14 Mitgliedern des Gemeinderates (10 SPÖ und 4 ÖVP) bestehen - wird es sein, Möglichkeiten für weitere Verbesserungen in den einzelnen städtischen Spitälern und Pflegeheimen zu untersuchen und entsprechende Vorschläge auszuarbeiten.

Zielplan für Krankenversorgung und Altenhilfe

Wiens Gesundheits- und Spitalswesen soll mit Hilfe eines Akutprogrammes und eines Langzeitplanes reformiert werden. Die dafür notwendigen Maßnahmen bilden den Inhalt eines soeben fertiggestellten Zielplanes für die Krankenversorgung und Altenhilfe in Wien, über den Stadtrat Prof. Dr. Alois Stacher (SPÖ) referierte. Der in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Krankenhausinstitut in Düsseldorf erstellte Zielplan wird, wie der Stadtrat betonte, die Grundlage für die weitere Detailplanung bilden. Neben einer Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation beinhaltet der Plan auch Bedarfsprognosen für das Jahr 1985, wobei der errechnete Gesamtbedarf für Wien rund 9.870 Betten betragen wird. Um die gesetzten Ziele jedoch zu erreichen, bedürfe es beträchtlicher Strukturveränderungen in der stationären und außerstationären Krankenversorgung sowie in der Altenhilfe. Das Angebot der Krankenanstaltsleistungen müsse dem Bedarf der Bevölkerung entsprechen und soll regional so verteilt werden, daß die verschiedenen

Leistungen für alle Bewohner des Versorgungsgebietes gut und schnell erreichbar seien. Dazu sei aber eine Integration des Krankenanstaltenwesens mit der außerstationären Krankenversorgung, der Altenhilfeeinrichtungen in Heimen und Pflegeheimen sowie mit der individuellen Altenhilfe notwendig. Entsprechend dem Krankenanstaltenplan soll Wien in vier Versorgungsräume eingeteilt werden. In diesen Versorgungsräumen wird die Standard- und Schwerpunktversorgung nach Gruppen getrennt durchgeführt, während die Zentralversorgung für das ganze Versorgungsgebiet Wien erfolgen wird. In den Versorgungsräumen soll aber auch die Akutkrankenpflege, die Chronisch-Krankenpflege mit den Pflegeheimfällen und die außerstationäre Behandlung sowie die Altenhilfe soweit wie möglich integriert werden.

GR. Krenn (FPÖ) bezeichnete den vorliegenden Zielplan als Gesprächsbasis. Er kritisierte die Unterversorgung Wiens durch praktische Ärzte. Seiner Meinung nach sollten die Turnusärzte im Rahmen ihrer Ausbildung auch für die Vertretung von praktischen Ärzten eingesetzt werden. Er forderte auch verstärkte Förderungsmaßnahmen seitens der Gemeinde Wien, um dieses Manko abzubauen. In diesem Zusammenhang stellte er namens seiner Fraktion den Antrag auf Schaffung von Möglichkeiten einer zusätzlichen Altersversorgung für langjährig niedergelassene Ärzte. In einem zweiten Antrag forderte er namens seiner Fraktion die Schaffung einer zentralen Speicherstelle für die Krankengeschichten aller öffentlichen Krankenanstalten und Ambulatorien in Wien.

GR. Dr. Zemann (SPÖ) beschäftigte sich ausführlich mit der Problematik des Ärztemangels in Wien. Als erschwerend hob er den Umstand hervor, daß dreiviertel aller niedergelassenen Ärzte älter als 50 Jahre sind. Er regte eine verbesserte Altersversorgung für die niedergelassenen Ärzte, den forcierten Einbau von Gemeinschaftspraxen in städtischen Neubauten und die vermehrte Unterstützung der praktischen Ärzte durch mobile Gemeindefachschwestern an. Weiters verwies er auf die Notwendigkeit von Ambulatorien für die Durchführung von spezialisierten diagnostischen und therapeutischen Maßnahmen sowie auf die notwendige Errichtung von "Hostels" für auswärtige Patienten. (zi)

StR. Lehner (ÖVP) begrüßte den vorliegenden Spitalsplan, der eine Arbeitsgrundlage sei, die ständig geprüft und nach den Erfordernissen geändert werden müßte. Mit bemerkenswerter Offenheit werde im Spitalsplan dargelegt, daß auf dem Sektor des Spitalsbaues seit dem Ersten Weltkrieg wenig getan worden sei. Die ÖVP sei grundsätzlich bereit, konstruktiv an der Verwirklichung mitzuarbeiten. Lehner kritisierte dann einige Feststellungen im Spitalsplan: Wenn darin von einer ärztlichen Überversorgung der inneren Bezirke und einer schlechten ärztlichen Versorgung in Außenbezirken gesprochen wird, so treffe dies nur für die Versorgung mit Fachärzten zu, aber nicht für die Versorgung mit praktischen Ärzten. Bei der Einteilung der Spitalsbetten in Akut-, Langzeit- und Chronischkranken-Betten sei die Verweildauer von 20 Tagen in den Akut-Betten nicht immer ausreichend, nach schwierigen Operationen und insbesondere in den Intensivstationen seien oft viel länger die Betten belegt. Das Problem der Pflegebetten aber - so erklärte Lehner - sei das Spitalsproblem in Wien schlechthin. Jede neu errichtete Pflegestation werde für die Akut-Betten eine spürbare Entlastung bringen. Die Errichtung des Pflegeheimes Süd sei ein bedeutsamer Weg in dieser Richtung. Man sollte auch Initiativen ergreifen, wie sie im Ausland getan werden: Pflegeheime könnten von der öffentlichen Hand errichtet und dann zur Führung privaten Institutionen überlassen werden. Lehner regte an, Schulungsmöglichkeiten für Spitalsverwalter einzurichten. Die Einteilung Wiens in vier Versorgungsbereiche sei in gewisser Hinsicht problematisch, weil damit durch Jahrzehnte gewachsene medizinische Zentren - etwa für Psychiatrie oder Pulmologie - getrennt werden könnten. Überdies müßte der Einweisungswunsch des Arztes für ein bestimmtes Krankenhaus gewahrt bleiben. Der Redner kritisierte schließlich, daß in der Prioritätenliste des Finanz- und Investitionsplanes der Stadt Wien das Gesundheitswesen erst an fünfter und damit an vorletzter Stelle vor der Hauptkläranlage rangiere. Die Finanzierung sei überhaupt eines der Hauptprobleme. Die für 1975 für den

Neubau des Allgemeinen Krankenhauses vorgesehene Baurate von 580 Millionen stelle den beabsichtigten Baufortschritt ernsthaft in Frage. Der Spitzenausschuß für das AKH habe nämlich fast eine Milliarde für nötig erachtet, aber von der Regierung ein Nein als Antwort bekommen.

GR. Dinhof (SPÖ) stellte fest, daß der vorliegende Plan kein Dogma sei, das unverrückbar durchgeführt werden müsse. Er werde ständig zu korrigieren sein. Wenn manchen in dem Spitalsplan die Details fehlen, so müsse man ausdrücklich darauf hinweisen, daß er als Zielplan gedacht sei - die Details seien zu erarbeiten.

Was den Vorschlag Lehnners betreffe, Pflegeheime zu bauen und in private Hände zu geben, sehe er dazu keine Notwendigkeit private Anstalten seien durchaus nicht besser geführt und auch die Personalsituation sei nicht besser. Die Mängel, die es in städtischen Heimen gäbe, werden von der Pflegeheimkommission abzustellen sein. Die in der Prioritätenliste des Finanz- und Investitionsplanes genannten Schwerpunkte seien nicht ihrer Bedeutung nach gereiht, das Gesundheitswesen käme daher durchaus nicht erst vor der Hauptkläranlage. Es läge hier eine einfache Aufzählung der Schwerpunkte vor, die durchaus auch dem Alphabet nach erfolgen könnte. Dinhof berichtete schließlich, daß mit der Detailplanung bereits begonnen werde. Er regte an, daß über den Spitalsplan und den Plan der Altenpflege hinaus auch ein Gesundheitsplan erstellt werde, der die gesundheitliche Vorsorge der Bevölkerung sicherstelle.

StR. Stacher dankte in seinem Schlußwort allen Rednern für die sachlichen Stellungnahmen und versuchte, einige Mißverständnisse aufzuklären: So sei die Einteilung in vier Versorgungsbereiche durchaus nicht als starre in der Art anzusehen, daß jemand in ein Krankenhaus seiner nächsten Nähe nicht kommen kann, weil er gewissermaßen einem anderen Versorgungsbereich zufallen würde. Die Einteilung sei organisatorisch aufzufassen.

Es sei auch nicht daran gedacht, daß jemand aus einer Akut-Abteilung nach der genannten 20-Tage-Frist einer Langzeit-Abteilung überstellt wird. Selbstverständlich gibt es Fälle, die länger als 20 Tage ein Akut-Bett benötigen. Die Festlegung von 20 Tagen soll nur eine Richtzahl sein. Was die Planung betreffe, so müsse man selbstverständlich damit rechnen, daß sich in den zehn Jahren, für die der Plan erstellt wurde, besonders auf medizinischem Gebiet vieles ändert - Änderungen, die heute einfach nicht vorhersehbar sind. Zu der Frage, wie man die Zusammenarbeit mit den Ärzten zur Verwirklichung des Planes erreichen könne, sagte Stacher, daß man diese Zusammenarbeit natürlich nicht dekretieren könne, man könne sie nur motivieren, man könne die Menschen nur überzeugen. Die Letztverantwortung des Arztes im medizinischen Bereich soll auf jeden Fall gewahrt sein und Ausbildungsmöglichkeiten für Spitalsverwalter müßten geschaffen werden. StR. Stacher kündigte abschließend an, daß es - dem Vorschlag Dinhofs entsprechend - die nächste Aufgabe sein werde, einen Gesundheitsplan für Wien auszuarbeiten.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Zwei Beschluß- und Resolutionsanträge der FPÖ, betreffend eine Altersversorgung für praktische Ärzte und Schaffung einer zentralen Speicherung von Krankengeschichten wurden einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Fünfjähriger Finanzplan

Zum ersten Mal befaßte sich der Wiener Gemeinderat mit einem Finanzplan für die kommenden fünf Jahre: StR. Hans Mayr (SPÖ) legte den Finanz- und Investitionsplan für die Jahre 1975 bis 1979 vor. Es sei kein starrer Plan, betonte Mayr, er werde jährlich fortgeschrieben und mit dem Budget dem Gemeinderat vorgelegt werden. Magistratsintern habe es schon seit Jahren eine mittelfristige Vorschau gegeben, die nunmehrige Veröffentlichung sei ein großer Fortschritt. Finanzpläne seien ebenso wie Baupläne für eine rationelle und rationale Arbeit nötig, aber sie seien weder ideologisch bedingt noch ein Wundermittel, sondern eine Vorschau über einen noch überschaubaren Zeitraum.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) meinte, die Annahmen einer jährlichen Wachstumsrate von 4,5 Prozent und eines jährlichen Sinkens der Inflationsraten um ein Prozent sei durch nichts begründet. Wegen der steigenden Kosten für Personal und laufenden Aufwand könnten

keine neuen großen Vorhaben begonnen und trotzdem müsse die Aufnahme von Krediten verdoppelt werden. Der Redner erklärte seine Übereinstimmung mit der Prioritätenliste der Planung, doch solle auch eine Negativliste aufgestellt werden: Keine gemeinwirtschaftlichen Abenteuer wie Bauring, keine Blankoschecks wie UNO-City, keine Geldverschwendung wie bei der WIG 64 und der WIG 74. Immerhin zeige die mittelfristige Finanzplanung den Beginn eines Umdenkens, das sich hoffentlich in die Praxis umsetzen lasse.

GR. Dkfm. Dr. Wöber (ÖVP) meinte, man solle den Finanzplan mit den Untertiteln "Offenbarungseid" oder "Stunde der Wahrheit" oder "Ist das die ganze Wahrheit?" versehen. Er warf der Stadtverwaltung vor, sie habe zu spät und unsicher auf vorhersehbare Entwicklungen reagiert und sie sei zu sehr auf traditionelle Normen, ein weitgehend starres Budgetsystem und ein hierarchisches Dienstpostenschema ausgerichtet. Diese Nachteile seien umso wirksamer, je weniger transparent die Budgetsituation sei. Die ÖVP habe deshalb seit 1967 immer wieder eine mittelfristige Finanzplanung beantragt. Wöber warnte vor Kostenvoranschlägen, die dem Finanzausschuß die Zustimmung erleichtern, wie beim Schafbergbad und bei der WIG. Auch beim vorliegenden Finanzplan zweifle man, ob die Größenordnungen stimmen, besonders beim AKH und bei der UNO-City. Es ergebe sich, daß die Einnahmen langsamer als die laufenden Ausgaben steigen. Das bedeute ab 1976 einen immer kleineren Investitionsrahmen. Solle man das wirklich wie ein Naturgesetz hinnehmen oder sei es nicht Zeit für eine Verwaltungsreform?

GR. Sallaberger (SPÖ) äußerte gegenüber der ÖVP, sie werde in Zukunft hoffentlich realistischer vorgehen, denn auch für manche ihrer Forderungen werde die Stunde der Wahrheit kommen. Aus dem Finanzplan gehe hervor, daß es ohne zusätzliche Einnahmen nicht möglich sei, neue große Vorhaben zu beginnen. Das solle sich die Opposition merken, die sich in Lizitationspläne versteige. Die öffentliche Hand habe 1973 in Österreich fast 300 Milliarden Schilling aufgewendet. Mehr als 70 Prozent der öffentlichen Investitionen entfielen auf Länder und Gemeinden.

Das habe für die Wirtschaft größte Bedeutung, die gestiegene Transparenz der Budgetpolitik sei daher äußerst wertvoll. Die mittelfristige Finanzplanung sei eine wichtige Orientierung für alle Unternehmen. Die Prioritäten in der Kommunalpolitik seien an den Zahlen leicht erkennbar: Mehr als 11,5 Milliarden für den Wohnbau, 8 Milliarden für den öffentlichen Verkehr, 4,3 Milliarden für die Ver- und Entsorgung, 2,8 Milliarden für den Hochwasserschutz. Der Finanzplan zeige auf, was politisch notwendig und was finanziell möglich ist. Er liefere damit wichtige Entscheidungsgrundlagen für die politischen Organe.

GR. Hahn (ÖVP) meinte, die ÖVP habe in der Vergangenheit oft Unbehagen empfunden, weil der Gemeinderat nicht richtig oder nicht rechtzeitig informiert worden sei. Vier Riesenprojekte gleichzeitig, nämlich U-Bahn, Donauinsel, AKH und UNO-City, seien nicht zu verkraften. Sehr ausführlich befaßte sich dann der Redner mit der UNO-City, wobei er ihre Bedeutung für die Ansiedlung internationaler Organisationen anerkannte, aber ihre Größe kritisierte. Die Baukosten von 50.000 Schilling pro Quadratmeter Büroraum habe noch niemand erklärt.

Die Milliardenbelastung, die Wien für die UN-City auf sich genommen habe, beziehungsweise für das Konferenzzentrum bereit sei zu übernehmen, wäre für die Verkehrsbetriebe besser angelegt, fuhr Hahn fort. Ein Großteil der Mittel müsse auf dem Kapitalmarkt aufgenommen werden, der nicht zuletzt dadurch gekennzeichnet sei, daß der Bund unter der Führung von Androsch sich dem Staatsbankrott nähere. Der Finanzminister und Bürgermeister Gratz hätten wahrscheinlich gewußt, warum sie ursprünglich März-Wahlen angesteuert hätten. Das Konferenzzentrum und die UNO-City würden von Wien rund sieben Milliarden S an Leistung erfordern, im Finanzplan jedoch seien nur 1,2 Milliarden ausgewiesen. Bei einer dringlichen Anfrage der ÖVP vor acht Monaten bezüglich der Kostenüberschreitungen sei Bürgermeister Gratz entweder bei der Beantwortung falsch informiert gewesen oder er habe dem Gemeinderat die Wahrheit vorenthalten, erklärte GR. Hahn. Die Finanzplanung jedenfalls gebe keinen Aufschluß über die tatsächlichen Belastungen und zeige eine klare Unterdotierung wichtiger Vorhaben wie des Allgemeinen Krankenhauses, des U-Bahn-Baues und der Stadterneuerung auf.

Im Schlußwort erklärte Finanzstadtrat Mayr, die Diskussion habe in positiver Weise das Interesse an der Stadt zutage ge-

bracht, im Negativen jedoch gezeigt, daß die Polemik oft die Sachlichkeit zudecke. Denn 1,2 Milliarden seien im Finanzierungsplan deswegen enthalten, weil es sich ja nicht um die Baukosten, sondern um die Finanzierungskosten handle. Daß Wien trotz seiner Randlage in einer günstigen wirtschaftlichen Situation sei, sei den Großprojekten zu danken, erklärte Mayr. Was die Polemik gegen das Konferenzzentrum angehe, so erinnere sie an die damals vorgebrachte Kritik gegen den Bau des jetzigen Rathauses unter Cajetan Felder. Auch damals habe es, wie in den Memoiren des großen Bürgermeisters zu lesen sei, eine kleine Lösung gegeben. Seiner Meinung nach, meinte Mayr, dürfe sich der Gemeinderat beim Setzen von Prioritäten nicht von Gutachten abhängig machen, denn ansonsten verlören die Mitglieder ihrer Anspruch, Politiker zu sein. Was schließlich die Finanzierung von Großprojekten angehe, so sei es für ihn kein Dogma, ob sie aus laufenden Einnahmen oder mit Hilfe von Fremdmitteln vorgenommen werde. Ein Vorhaben wie der U-Bahn-Bau, der absehbar auf Jahrzehnte hinausgehe, mit Fremdmitteln zu finanzieren, wäre wirtschaftlich Unsinn. Hingegen ein Vorhaben wie die UNO-City, die einmalig sei, und deren Ende genau abzusehen sei, die sei wirtschaftlich vernünftig mit Fremdmitteln finanzierbar. Die Bauraten für die U-Bahn bezögen sich schon aus Respekt vor dem Gemeinderat natürlich nur auf die bereits genehmigten Linien und Abschnitte. Und außerdem würde ihm, Mayr, der Gemeinderat rechtens Vorwürfe machen können, würde er vor Abschluß der Verhandlungen über eine Bundesbeteiligung die Karten der Stadt bei der U-Bahn-Finanzierung auf den Tisch legen. Abschließend erklärte der Finanzstadtrat, der Finanzplan zeige deutlich, daß die Gebietskörperschaften nicht zu den Inflationsgewinnern zählten.

Abstimmung: einstimmig zur Kenntnis genommen. (gt)

Fremdenverkehrsförderung

Der nächste Berichtstatter, GR. Wiesinger (SPÖ), stellte den Antrag, dem Fremdenverkehrsverband für Wien für 1975 einen Förderungsbeitrag von 17 Millionen Schilling zu gewähren.

GR. Schneider (ÖVP) sagte dazu, daß bereits der Abschlußbericht für 1973 Anlaß zur Besorgnis über die Entwicklung des Wiener Fremdenverkehrs gegeben habe, der Bericht für 1974 werde zeigen, daß die Stagnation weiter anhalte. Erfreulich zugenommen hätten nur die Inländer-Übernachtungen. ./.

Während die Bettenkapazität von 1965 bis 1974 um 54,3 Prozent zugenommen hat, betrug die Steigerung der Übernachtungsziffer nur 28,6 Prozent.

Hinsichtlich der Kongresse lag Wien 1973 im Spitzenfeld der zehn beliebtesten Kongreßstädte der Welt, es werde jedoch schwer sein, diesen Spitzenplatz zu halten. Die Errichtung eines neuen, modernen Kongreßzentrums im Rahmen der UNO-City sei zwar zu begrüßen, Bedenken gäbe es jedoch hinsichtlich der Größe. Ein Fassungsraum von 8.000 Personen sei entschieden zu hoch, weil er die Kapazität jener Hotelbetten, die für Kongreßteilnehmer in Frage kommen, wesentlich übersteigt. Als günstig werde vom Fremdenverkehr ein Fassungsraum von 4.500 bis 5.000 Personen erachtet.

Abstimmung: Antrag einstimmig angenommen. (we)

Sonderschule

GR. Wiesinger (SPÖ) beantragt die Errichtung einer zwölfklassigen Sonderschule in Wien 22, Steinbrechergasse. Die Kosten für dieses Projekt werden sich in der geschätzten Höhe von 30 Millionen Schilling bewegen. GR. Stiehl (SPÖ) wies auf die enormen Schulbauleistungen der Gemeinde Wien gerade im 22. Bezirk hin. In den letzten Jahren sei dort jährlich mindestens eine Schule begonnen oder fertiggestellt worden, sodaß dieser Bezirk trotz der enormen Steigerung der Bevölkerungsdichte in den letzten Jahren heute mit 20 Pflichtschulgebäuden ausreichend versorgt sei. Auch auf dem Sonderschulsektor seien genügend Klassen vorhanden, doch habe die räumliche Unterbringung dieser Klassen zur Schaffung von Exposituren und zur Dezentralisierung der Schulen geführt. Dieser Zustand wird durch die neue Sonderschule beseitigt werden.

Abstimmung: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (may)

./.

Flächenwidmung Mauer

Der neue Flächenwidmungsplan für einen Teil von Mauer, über den GR. Holubarz (SPÖ) referierte, wurde von Dr. Hirnschall (FPÖ) teilweise heftig kritisiert: Bereits 1968 sei die Verbauung des Plateaus des Georgenberges durch ein Schulzentrum beschlossen worden, obwohl seinerzeit diese Planung in einem Gutachten der MA 7 vernichtend kritisiert worden war. Man habe gehofft, in den sieben Jahren seither habe man den Plan der Bundesgebäudeverwaltung fallen gelassen, doch jetzt werde die Verbauung noch monströser ausgeweitet: Neben einem Zentrum für 1500 Schüler, davon 850 Internisten, sollen nun noch eine zweite Pfarrkirche und ein Pfarrzentrum nach den Plänen von Prof. Motruba gebaut werden. Gegen diesen Plan habe die MA 22 schwerste Bedenken erhoben, weil die Landschaft schwer in Mitleidenschaft gezogen und erstmals im Wienerwaldgebiet eine Kammverbauung vorgenommen würde. Seiner Meinung nach sollte der Georgenberg in den Wald- und Wiesengürtel einbezogen werden.

Im Schlußwort erklärte GR. Holubarz, die Bezirksvertretung habe dem Plan einstimmig zugestimmt und die vorgesehene Verbauung, darunter auch eine Schule für Körperbehinderte, füge sich harmonisch in die Landschaft ein.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen. (g.t.)

Schafbergbad: Sachkrediterhöhung

GR. Lustig (SPÖ) beantragte die Erhöhung des Sachkredites für den Neubau des Schafbergbades um 47,300.000 Schilling auf 138,300.000 Schilling wegen Lohn- und Materialkostenerhöhungen, Einführung der Investitionssteuer und notwendiger hinzugekommener Leistungen.

GR. Bauer (FPÖ) sprach sich gegen die Sachkrediterhöhung aus und warf der Stadtverwaltung mangelhafte Planung und mangelnde Voraussicht vor. Die Baukosten seien bereits auf das Dreieinhalbfache gestiegen, seit im September 1969 der Beschluß zum Bau des Bades gefaßt worden war. Und noch immer sei das Bad nicht fertig, sodaß voraussichtlich weitere Millionen notwendig sein werden. Die Begründungen für die mehrmaligen Kostenerhöhungen, wie Umplanung bei der Fundierung, höhere Kosten für Infrastruktur, Erweiterungen etc. bezeichnete der Redner als Fehlplanungen.

GR. Prof. Zörner (ÖVP) sprach sich ebenfalls gegen den Antrag aus und nannte den Akt Schafbergbad eine Gruselstory. Auch er führte die mehrmaligen Kostenerhöhungen - von 39 auf 47 Millionen, dann auf 91 Millionen und jetzt auf 138 Millionen - ebenfalls auf Planungsfehler zurück. Insbesondere hätten die Schwierigkeiten auf Grund der Bodenverhältnisse von den Fachleuten vorausgesehen werden müssen.

StR. Schieder (SPÖ) meinte, daß mit der neuerlichen Kostenerhöhung niemand eine Freude habe.

Die Mehrkosten seien gewiß nicht nur auf reine Baukostenerhöhungen zurückzuführen, sondern auch auf wichtige Erweiterungen: Das Bad solle in weiten Bereichen der Bevölkerung ganzjährig als Erholungsraum zur Verfügung stehen. Daß den Wienern das Bad gefällt, beweisen die diesjährigen Besucherzahlen. Nach dem Gänsehäufel mit 292.000 und dem Laaer Berg Bad mit 210.000 Besuchern rangierte das Schafbergbad mit 158.000 Badegästen an dritter Stelle. Das Bad habe viel gekostet, aber es sei kein Geld hinausgeworfen oder verschwendet worden. Schieder wandte sich entschieden gegen eine Äußerung von GR. Hahn, daß man in Wien überhaupt keine Bäder mehr bauen solle, sondern stattdessen Bäder in Niederösterreich subventionieren solle. Mit der Frage, wie man in Hinkunft mit weniger Mittel im Bäderbau das meiste herausholen könne, beschäftigte sich die Bäderkommission. (smo)

Aus dem kostspieligen Bau von Bädern für wenige heiße Tage entstünden zwangsläufig hohe Defizite, meinte GR. Hahn (ÖVP). Die ÖVP verlange seit vielen Jahren die Subventionierung von Privatbädern, die SPÖ habe das immer abgelehnt. Möglicherweise werde sie jetzt dem Gedanken nähertreten. Man sollte es auch ins Auge fassen, in der Umgebung Wiens mit einigen Millionen Schilling im Wege des gemeinsamen Erholungsvereins Wien-Niederösterreich Bäder zu unterstützen, um so den Wienern leicht erreichbare und schön gelegene Bademöglichkeiten zu sichern. Das würde Wien weniger kosten als der Bau schlecht geplanter Sommerbäder im Stadtgebiet.

GR. Lustig ersuchte nochmals um Zustimmung, damit das Schafbergbad fertiggestellt werden könne. Er verwies auf die gemeinsamen Bemühungen, im Rahmen der Bäderkommission die Probleme zu lösen.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ genehmigt. (sti)

Flächenwidmungen

Die beiden nächsten Geschäftsstücke betrafen Abänderungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes. GR. Ing. Nedwed (SPÖ) referierte über die Sanierung der Fischerwiese, eines verhüttelten Gebiets westlich der Kanalstraße zwischen Mühlwasserstraße und Franz Pletersky-Ringes im 22. Bezirk, durch Umwidmung in Wohngebiet Bauklasse I.

GR. Schemer (SPÖ) bezeichnete es in der Debatte als Ausdruck des Sozialempfindens der Stadtverwaltung, daß diese vor Jahrzehnten erfolgte wilde Besiedlung nun legalisiert werde. Damit wird 80 Familien das Heim gesichert. Freilich müssen jetzt die Siedler ihre Häuser im Sinne der Bauordnung sanieren.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

GR. Stockinger (SPÖ) beantragte anschließend die Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Gebiet in Döbling, zwischen Hoher Warte, Grinzinger Straße, Heiligenstädter Straße und Gallmayergasse, wo das neue Hohe Warte-Bad gebaut werden soll.

GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) wies in der Debatte auf die Wichtigkeit der Erhaltung bestehender Parkschutzgebiete hin. Im Sinne dieser Erhaltung sei es gewesen, als vor vier Jahren einem privaten Grundeigentümer verboten wurde, auf seinem Grund ein Wohnobjekt zu errichten. Um so erstaunlicher sei es jedoch, daß jetzt auf dem angrenzenden Areal ein 75 Meter langes und 35 Meter breites Objekt errichtet werden soll, nämlich ein Schulungsheim des Konsums.

GR. Stockinger entgegnete, daß das Grundstück des Konsums als Bauland gewidmet war, daß die Lage des Gebäudes jedoch entsprechend den Vorstellungen der Anrainer geändert worden sei. Dadurch wurde auch erreicht, daß alter Baumbestand - Kastanien und Platanen - erhalten werden kann.

Abstimmung: Angenommen von SPÖ und ÖVP. (wa)

Neue Stadtbahnstationen

GR. Stockinger (SPÖ) beantragte den Ausbau der Stadtbahnhaltestelle Burggasse mit einem Aufwand von 17,1 Millionen S und die Neuerrichtung einer Stadtbahnhaltestelle Thaliastraße um 22,1 Millionen S. Der Ausbau der Stationen der Gürtelstadtbahn und die Erneuerung des Wagenparks ist notwendig, weil die

Umstellung auf U-Bahn-Betrieb erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen kann. Der Ausbau der Gürtellinie ist überdies die Voraussetzung für die spätere Einstellung der Straßenbahnlinie 8, was den Verkehrsbetrieben bedeutende Einsparungen bringen wird.

GR. Ing. Nedwed (SPÖ) berichtete, daß mit den beiden Stationen ein langgehegter Wunsch der Bevölkerung von Ottakring, Josefstadt, Neubau und Fünfhaus erfüllt wird. Während die Station Bunngasse dahingehend umgebaut wird, daß auch zur Straßenbahnlinie 49 ein Ausgang errichtet wird, wird die Station Thaliastraße ganz neu errichtet. Nach einer Untersuchung werden beide Knoten voraussichtlich von je 7.000 Personen als Um- und Einsteigplatz benützt werden. Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den genannten Bezirken schlug der Redner vor, die Linie 49, die am stärksten benützte Straßenbahnlinie von Wien, als Modellfall des Beschleunigungsprogramms zu verwenden. Es könnten außerhalb des Gürtels in den Hauptverkehrszeiten zeitbeschränkte Halteverbote und innerhalb des Gürtels verkehrsarme Zonen geschaffen werden. Zusätzlich mit einem Linksabbiegeverbot könnte damit die Reisesgeschwindigkeit des 49ers von derzeit 15,5 auf 17 kmh erhöht werden. Ob man auch steuerbare Verkehrsampeln verwenden soll, müsse noch genau überlegt werden. Diesbezügliche Erfahrungen im Ausland seien bisher nicht befriedigend gewesen. Ein Vergleich des Verhältnisses von Individualverkehr und öffentlichem Verkehr in den Jahren 1960 bis 1970 zeige einen starken Trend zum Individualverkehr. 1960 entfielen auf den Individualverkehr 20 bis 25 Prozent der Personenbeförderung und auf den öffentlichen Verkehr 55 bis 60 Prozent. 1970 war das Verhältnis 39 Prozent Individualverkehr zu 30 Prozent öffentlichem Verkehr. Es sei dringend notwendig, eine Trendumkehr zu erzielen. Bis zum Betrieb des U-Bahn-Grundnetzes sind daher Übergangsmaßnahmen erforderlich.

GR. Dr. Peter Mayr (ÖVP) stimmte den Anträgen zu, äußerte aber Bedenken gegen die beabsichtigte Einstellung der Linie 8. Das müsse noch genau überlegt werden. Die bisherigen Kappungen von Straßenbahnlinien sei nicht immer positiv gewesen.

Im Schlußwort sagte GR. Stöckinger, daß die Einstellung der Linie 8 sicher noch genau untersucht werden wird. Notwendig werde sie aber sein, da keine Stadt der Welt es sich leisten könnte, entlang einer U-Bahn-Linie noch eine Straßenbahnlinie zu führen.

Durch die Einstellung könnten 75 Millionen S an Waggons und jährlich 10 Millionen S an Betriebskosten eingespart werden.

Abstimmung: Beide Anträge einstimmig angenommen. (smo)

(Ende des Sitzungsberichtes)

k o m m u n a l :

=====

einigung mit kleingaertnern

13 wien, 31.1. (rk) zwischen stadtrat ing. fritz h o f m a n n und praesident ing. n. s p a n b a u e r vom zentralverband der kleingaertner und kleintierzuechter oesterreichs ist es freitag zu einer grundsatzlichen einigung ueber die raeumung jener derzeit kleingaertnerisch genutzten flaechen gekommen, die fuer den bau der verbindung zwischen dem autobahnknoten arsenal und der anschlussstelle bitterlichstrasse im zuge der suedostautobahn benoetigt werden. diese der stadt gehoerende flaeche ist seit langem von schrebergaertnern genutzt und war vier jahre lang nun gegenstand eines prozesses, der in erster instanz vor rund zwei wochen damit geendet hat, dass der raeumung zugunsten des autobahnbaues nach 17 verhandlungen stattgegeben worden ist. gegen dieses urteil hatte der zentralverband berufung eingelegt. die bauarbeiten haetten bei einer laengeren dauer des verfahrens in der zweiten instanz unter umstaenden verzoegert werden koennen, wie stadtrat hofmann in einem fernsehinterview betonte.

nun ist es doch zu einer einigung in der weise gekommen, dass die stadt wien dem zentralverband eine flaeche in der naehe der per albin hansson-siedlung verpachten und fuer kleingaertnerische nutzung widmen wird und der zentralverband sofort nach abschluss des pachtvertrages - in voraussichtlich zwei bis drei wochen - seine berufung gegen das erstinstanzliche urteil zurueckziehen wird. wenn so verfahren wird, kann eine verzoegerung des autobahnbaues vermieden werden. (gt)

1447